

MEIN STANDPUNKT



Prof. Dr. Bruno S. Frey, Universität Zürich,
Institut für Empirische Wirtschaftsforschung
Kantönligeist bedeutet Fortschritt

Es ist seltsam: Die Schweizer geben gerade dann ihre vorzüglichen Institutionen auf, wenn sie im übrigen Europa als besonders nützlich und wertvoll erkannt werden.

Gegenwärtig wird in der Schweiz der *Föderalismus* immer stärker verdrängt. Das letzte Beispiel ist der Entscheid des Kantons Luzern, die Zahl der Gemeinden von 107 auf 60 zu vermindern, wenn nötig mit Zwang. Dies läuft unter der Flagge der «Fortschrittlichkeit». Regelmässig wird angeführt, kleinere Gemeinden seien ineffizient und deshalb nicht überlebensfähig.

Diese Behauptung gilt bestenfalls aus bürokratisch-technischer Warte. Selbst diese eingeschränkte Sicht wird jedoch weitgehend durch Erfahrungen widerlegt. Insgesamt erweisen sich grosse Einheiten nicht kostengünstiger als kleine – auch nicht beim Staat. Je grösser eine Gemeinde ist, desto mehr entwickelt ihre Verwaltung ein Eigenleben. Die Anliegen der Bevölkerung werden dann hingegen weniger wichtig genommen.

Hier liegt der entscheidende Vorteil kleinräumiger politischer Einheiten wie der schweizerischen Gemeinden. Die Bürger können die öffentliche Verwaltung und die Politiker umso besser kontrollieren, je kleiner die politischen Einheiten sind. Nicht umsonst fühlen sich (gemäss einer neuen Umfrage) die Schweizer und Schweizerinnen am stärksten mit ihrer Gemeinde verbunden; mit dem Kanton identifiziert sich rund ein Zehntel, und erst an dritter Stelle kommt die Schweiz als Ganzes.

Diese Bürgernähe der Gemeinden wird bei einer bürokratisch und technisch orientierten Betrachtung völlig vernachlässigt. Die kleinen Gemeinden sind historisch gewachsen, weil sie effizient sind.

Es gibt sicherlich Bereiche, in denen grössere politische Einheiten kostengünstiger als kleine sind. Aber gerade dafür haben die Schweizer Gemeinden und Kantone eine gute Lösung gefunden: Sie schliessen sich zu *Zweckverbänden* und *Konkordaten* zusammen und erledigen die entsprechenden Funktionen gemeinsam. 93 Prozent der politischen Gemeinden sind zumindest einem Gemeindeverband angeschlossen. Im Durchschnitt sind die Gemeinden an sechs solcher Vereinbarungen beteiligt, wobei die Bereiche Spitäler und Pflegeheime, Kanalisation und Müllabfuhr zu den wichtigsten gemeinsam erledigten Aufgaben gehören.

Das schweizerische Gemeindegliedersystem lässt sich weiterentwickeln

und insbesondere auf Europa anwenden. Unser (gemeinsam mit Dr. Reiner Eichenberger entwickelte) Vorschlag sieht eine noch stärkere Dezentralisierung und Spezialisierung vor, als dies heute üblich ist:

1. Für jede *Funktion* (z. B. Polizei, Verkehr, Gesundheit, Schulen) gibt es eine entsprechende politische Einheit;

2. Sie *überlappen* sich, weil für jede Funktion eine andere Grösse effizient ist: Einige Einheiten können sehr klein sein (sich vielleicht sogar nur auf ein Quartier beschränken), wiederum andere können mehrere Gemeinden, Provinzen oder gar Länder umfassen;

3. Sie müssen zweierlei Formen von *Wettbewerb* zulassen: (a) Austritt und Bildung neuer funktionaler Einheiten muss möglich sein; (b) Sie müssen direkt-demokratisch organisiert sein, d. h. Volksversammlung, Initiative und Referendum zulassen;

4. Die Einheiten müssen *Steuern* erheben dürfen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Diese neuen Einheiten werden den englischen Anfangsbuchstaben folgend (Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions) als *FOCJ* bezeichnet. Für das künftige Europa liesse sich ein demokratisches und zugleich effizientes politisches Netz entwickeln. Insbesondere könnten FOCJ entstehen, die die Landesgrenzen überwinden.

Als Vorbild kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Schweizer Kantonen und Gemeinden mit ihren Nachbarn dienen: Die Regio Oberrhein, Conseil du Léman, Regio Insubrica und Regio Rætia sind nur einige Beispiele dafür. Ebenso liessen sich mit Hilfe dieses flexiblen Konzeptes die osteuropäischen Länder wie Polen, Ungarn oder Rumänien in die EU integrieren. Müssten sie hingegen den «acquis communautaire» der EU übernehmen, würde wegen ihrer Armut eine nicht mehr zu bewältigende Umverteilungslawine ausgelöst. Ein tragfähiges Europa darf nicht vorwiegend auf Subventionen beruhen. Regionale Anliegen bedingen eine verstärkte politische Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen in die europäische Politik.

Ein auf FOCJ aufbauendes Europa unterscheidet sich grundlegend vom etatistischen Konzept der heutigen Europäischen Union. Ein Eintritt in dieses Europa wäre sicherlich auch für viele Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen akzeptabel oder sogar wünschenswert.

«Grosse Einheiten sind nicht kostengünstiger als kleine – auch nicht beim Staat»